



HEINRICH BÖLL STIFTUNG
EUROPA

DAS
PROGRESSIVE
ZENTRUM

E-PAPER

Studie

Selbstverständlich europäisch!?! 2024

Stimmung der Bürgerinnen und
Bürger vor der Europawahl

VON JOHANNES HILLJE UND CHRISTINE PÜTZ

Eine Publikation der Heinrich-Böll-Stiftung, März 2024
In Kooperation mit Das Progressive Zentrum

Selbstverständlich europäisch!?! 2024

Von Johannes Hillje und Christine Pütz

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	3
Zusammenfassung	5
1 Ziel und Methodik der Studie	8
2 Repräsentative Umfrage zur Rolle Deutschlands in der EU	12
3 Trends und politische Empfehlungen	22
Die Autorinnen und Autoren	24

Vorwort

*Den Europawahlkampf nicht zweckentfremden. Die Exportnation Deutschland profitiert am meisten vom EU-Binnenmarkt. Und: Die Europäer*innen wollen gemeinsame europäische Investitionen.*

Die Europawahl sollte nicht für Debatten über nationale Nebenschauplätze zweckentfremdet werden. Dafür sind die europapolitischen Herausforderungen zu bedeutsam und richtungsweisend für Frieden, Freiheit und Wohlstand in Europa.

Wir wissen: Europa steht vor immensen Transformationsaufgaben. Neben einem stark beschleunigten Umbau der europäischen Wirtschaft hin zu Klimaneutralität muss es darum gehen, den sozialen Zusammenhalt zu stärken und unsere liberale Demokratie wehrhaft zu verteidigen – nicht nur im Sinne der Rechtsstaatlichkeit, sondern ganz konkret auch im Sinne der europäischen Sicherheitsordnung, die durch Russlands Angriffskrieg auf die Ukraine erschüttert worden ist. Die damit verbundene Neujustierung der Erweiterungs- und Nachbarschaftspolitik muss einhergehen mit einer Reform der EU. Diese vielfältigen Herausforderungen stellen die Zukunftsfähigkeit der Europäischen Union auf die Probe. Sie werden von uns allen Veränderungen und Wandel abverlangen. Damit diese gelingen können, braucht es eine aktive und gestaltende Europapolitik, aus Brüssel und aus den Hauptstädten, sowie den Rückhalt durch die Bürger*innen.

Wie sieht es mit diesem Rückhalt in Deutschland aus? Auf diese Frage gibt die Langzeitstudie «Selbstverständlich europäisch!?» eine Antwort. Die Heinrich-Böll-Stiftung gibt sie seit 2019 in Zusammenarbeit mit dem Progressiven Zentrum heraus. Ihr empirisches Herzstück ist eine jährlich durchgeführte repräsentative Umfrage. Die diesjährige Erhebung fand vier Monate vor der Europawahl am 9. Juni 2024 statt. Sie hat ergeben, dass es ein hohes Interesse an der Europawahl gibt. Positiv hervorzuheben ist auch, dass die Bürger*innen von ihrer Bundesregierung durchweg eine aktive und kooperative Europapolitik erwarten. Besorgniserregend ist dagegen, dass immer weniger Menschen vom politischen und wirtschaftlichen Nutzen der EU überzeugt sind.

Diese Überzeugung sinkt stetig in der deutschen Bevölkerung. Auch wenn immer noch eine klare Mehrheit an den politischen Nutzen und die politische Lösungsfähigkeit der EU glaubt, so sind also immer weniger vom wirtschaftlichen Nutzen der EU überzeugt. Dies hängt akut auch mit der wirtschaftlich angespannten Lage zusammen. Gleichzeitig existiert hierzulande nach wie vor das Narrativ, dass Deutschland finanziell mehr gebe, als es zurückbekomme, und deshalb «Zahlmeister Europas» sei. Diese fest im kollektiven Gedächtnis verankerte Erzählung rührt aus den ersten Jahrzehnten der Europäischen Integration, in denen die junge Bundesrepublik mit politischer Zurückhaltung nach und nach das Vertrauen der internationalen Gemeinschaft zurückerlangte. Lange war deshalb die Rede von Deutschland als einem «politischen Zwerg und wirtschaftlichen Riesen». Fakt ist

jedoch: Die Exportnation Deutschland profitiert am meisten von allen Mitgliedsstaaten vom EU-Binnenmarkt. Es ist die Aufgabe der Politik, die enormen Vorteile Deutschlands in der EU transparent zu machen und nicht weiter dieses gleichermaßen falsche wie schädliche Narrativ zu bedienen. Insbesondere auch im anstehenden Europawahlkampf.

Des Weiteren ist es die Aufgabe der Bundesregierung, für eine sozial gerechte ökologische Transformation der EU einzustehen und sie gleichzeitig in Deutschland zügig und mit Elan umzusetzen. Dafür braucht es Ressourcen. Die gute Nachricht ist, dass sich eine deutliche Mehrheit der Befragten für mehr Zukunftsinvestitionen ausspricht. Um die Zukunft Europas gestalten zu können, braucht es mehr Spielraum für Investitionen. Deutschland tut sich keinen Gefallen, wenn es sich im Namen der Konformität mit der Schuldenbremse in die Rezession spart, und auch nicht, wenn es mehr gemeinsame europäische Investitionen (z. B. in ein europäisches Schienennetz oder die Energiewende) durch Anstrengungen für restriktivere europäische Fiskalregeln verhindert. Die Bundesregierung sollte ihren Gestaltungsauftrag für Europa, dem sie sich im Koalitionsvertrag verschrieben hat, annehmen und gemeinsam mit ihren EU-Partnern ein breitangelegtes Programm für öffentliche Investitionen vorantreiben, die an sozial-ökologische Kriterien und Rechtsstaatlichkeit gekoppelt sind.

Die vorliegende Studie soll Entscheidungsträger*innen, die die Weichen für die Zukunft Europas stellen, als Pulsmesser dienen. Ich danke den beiden Autor*innen der Studie, Dr. Johannes Hillje und Dr. Christine Pütz, für diese gelungene Diskussionsgrundlage.

Berlin, im März 2024

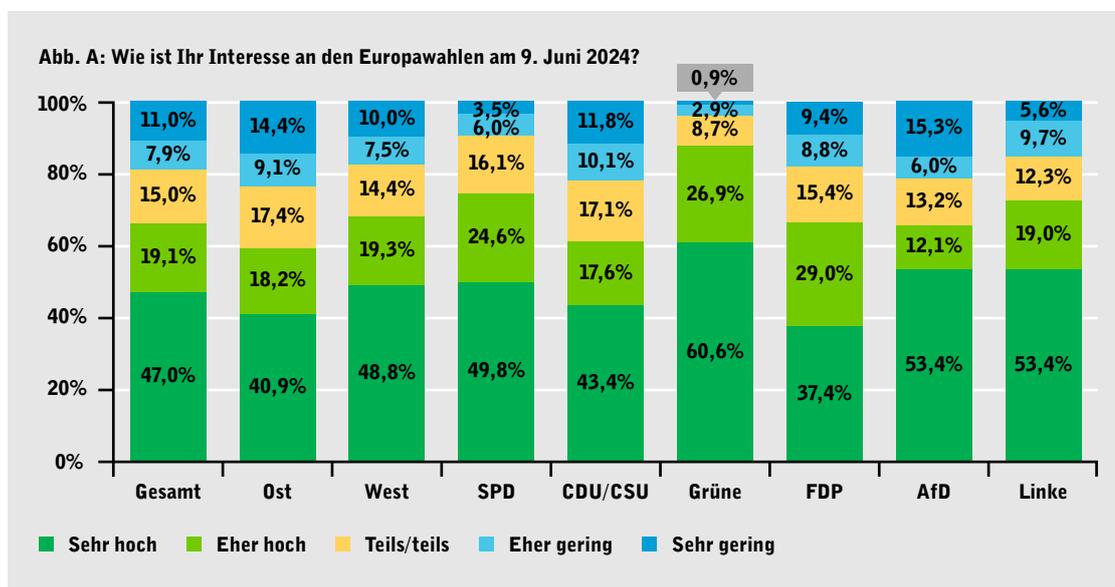
Jan Philipp Albrecht
Co-Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung

Zusammenfassung

Die Europawahl 2024 findet vom 6. bis 9. Juni im Schatten multipler Krisen statt. Populistische und radikal rechte Kräfte könnten davon profitieren. Prognosen sagen einen Rechtsruck im nächsten Europäischen Parlament voraus. Entsprechende Kräfte streben eine Renationalisierung europäischer Politik und eine Schwächung der Handlungsfähigkeit der EU an. Konkret könnten etwa der europäische Green Deal und die Unterstützung der Ukraine gebremst werden. Die EU würde in einer Zeit geschwächt, in der sie große Zukunftsaufgaben zu lösen hat. In diesem Kontext untersucht die sechste Ausgabe der Langzeitstudie «Selbstverständlich europäisch!?!», wie die deutsche Bevölkerung auf die Europawahl blickt und die Rolle Deutschlands in der EU beurteilt.

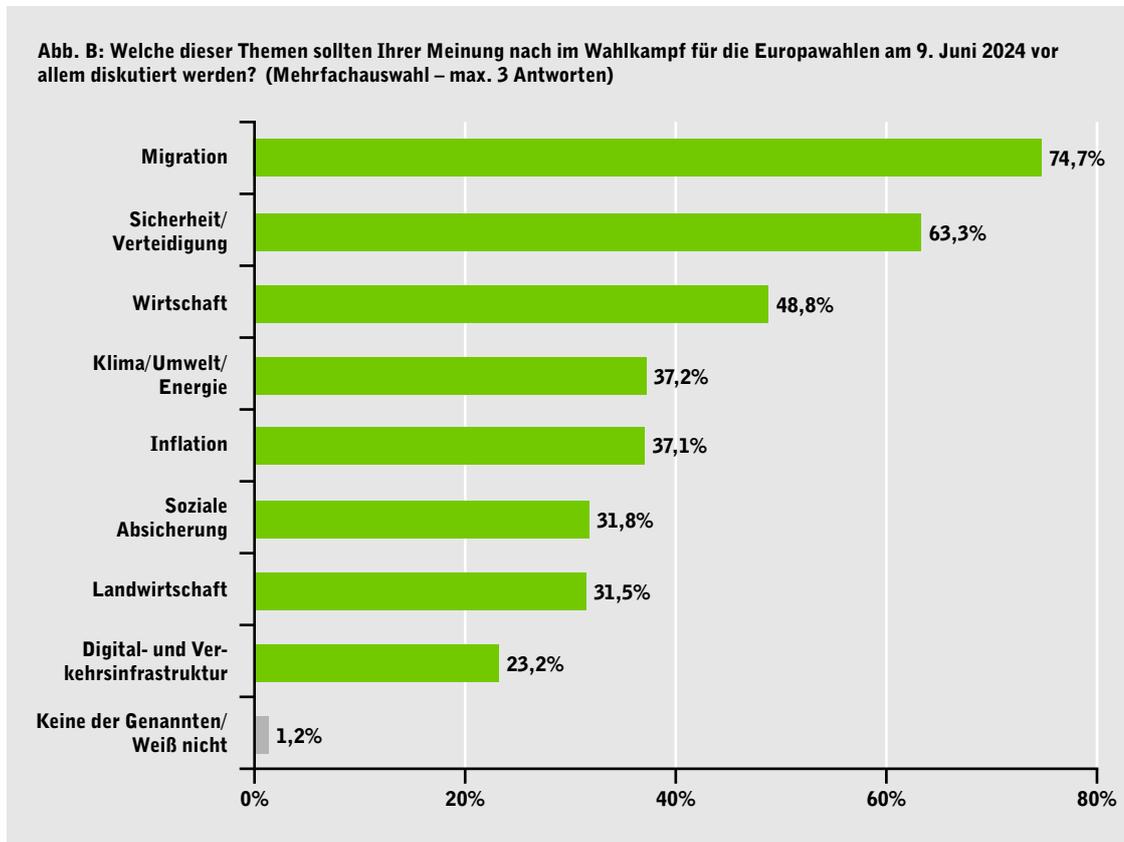
Die wichtigsten Ergebnisse der repräsentativen Umfrage ^[1]

- **Hohes Interesse an Europawahl, hohes Desinteresse im AfD-Lager:** 66,1 Prozent der Bürgerinnen und Bürger haben mehrere Monate vor dem Urnengang ein sehr oder eher hohes Interesse an der Europawahl. Bei 11,0 Prozent ist das Interesse sehr gering. Überdurchschnittlich groß ist der Anteil der sehr gering Interessierten im Lager der AfD (15,3 Prozent), weitere 6 Prozent der AfD-Unterstützenden sind eher gering interessiert:



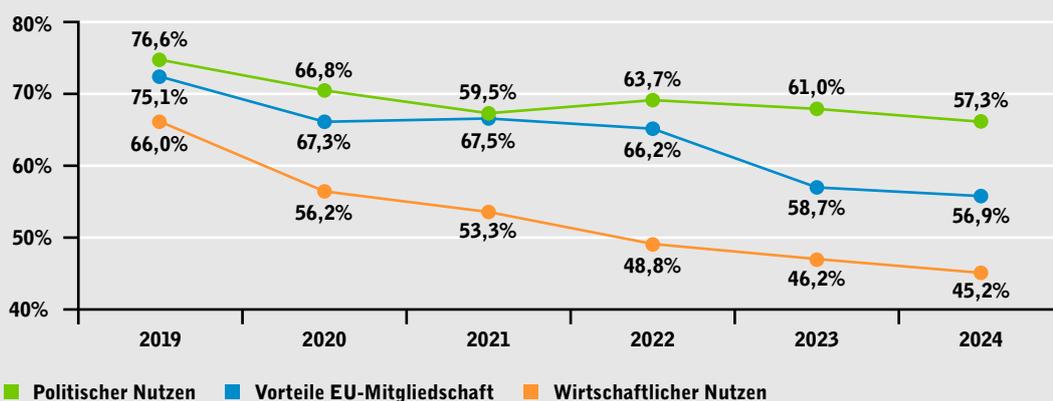
¹ Das Meinungsforschungsunternehmen Civey hat für diese Studie 5.000 Personen im Februar 2024 online befragt. Die Ergebnisse sind repräsentativ für die deutsche Bevölkerung ab 18 Jahren. Der Fragebogen der Langzeitstudie wurde u.a. auf Basis von Fokusgruppen konzipiert, die 2019 und 2021 durchgeführt wurden.

- **Europäische Krisenlösung in den Fokus des Wahlkampfes:** Geht es nach den Befragten, sollen im Wahlkampf die Themen im Mittelpunkt stehen, für die es europäische Lösungen braucht: 74,7 Prozent wollen, dass das Thema Migration debattiert wird, gefolgt von Sicherheit/Verteidigung (63,3 Prozent), Wirtschaft (48,8 Prozent), Klima/Energie (37,2 Prozent) und Inflation (37,1 Prozent):



- **Rückhalt für EU-Unterstützung der Ukraine:** Mehr als 60 Prozent der Befragten plädieren für einen höheren (41,8 Prozent) oder gleichbleibenden Umfang (18,3 Prozent) der EU-Unterstützung der Ukraine. In den ostdeutschen Bundesländern spricht sich dagegen eine Mehrheit von 51,0 Prozent für eine geringere Unterstützung der Ukraine aus.
- **Kooperative und aktive EU-Politik der Bundesregierung:** Das Auftreten der Bundesregierung in der EU nehmen 46,4 Prozent in letzter Zeit als aktiv wahr und 41,7 Prozent als weniger aktiv. Für die Zukunft wünscht sich eine klare Mehrheit von knapp zwei Drittel ein kooperatives und aktives Auftreten Deutschlands in Europa.
- **Zweifel am wirtschaftlichen Nutzen Europas:** Für 56,9 Prozent der Bürgerinnen und Bürger überwiegen zwar weiterhin die Vorteile der EU-Mitgliedschaft, und 57,3 Prozent meinen, dass die aktuellen Krisen eher auf europäischer als auf nationaler Ebene gelöst werden können. Allerdings sagen nur noch 45,2 Prozent, dass der wirtschaftliche Nutzen der EU-Mitgliedschaft die Kosten übersteigen würde:

Abb. C: Anteil der Befragten, für die der wirtschaftliche Nutzen, der politische Nutzen und die Vorteile der EU überwiegen



Trends und politische Empfehlungen

- *Interesse an Europawahl nutzen:* Das hohe Interesse an der Europawahl, insbesondere unter pro-europäischen Wählerinnen und Wählern, sollten Parteien und Zivilgesellschaft nutzen, um vor der Wahl konkrete europäische Lösungsansätze für aktuelle Krisen (z.B. Sicherheit, Klima, Migration) zu diskutieren. Die EU sollte etwa ihre Verteidigungsfähigkeit stärker als gemeinsames europäisches Projekt denken und kohärenter gestalten. Auch die Unterstützung der Ukraine gegen Russlands Angriff sollte gemeinsam vorangetrieben werden
- *Europas Nutzen betonen:* Der Trend dieser Langzeituntersuchung zeigt zwar, dass die Bürgerinnen und Bürger vom politischen Nutzen der EU überzeugt sind, gleichzeitig glaubt nur noch eine Minderheit an den wirtschaftlichen Nutzen. Diese Wahrnehmung dürfte auch mit der Krise der hiesigen Wirtschaft zusammenhängen. Gerade deshalb sollte die Politik herausstellen, dass der EU-Binnenmarkt ein Wohlstandsgarant für die Exportnation Deutschland ist und diesbezügliche Desinformation, z.B. von Seiten der AfD, durch Fakten widerlegen. Die zahlreichen Blockaden der Bundesregierung auf EU-Ebene sind dagegen nicht hilfreich, um den Glauben an Europas Handlungsfähigkeit zu stärken.
- *In die Zukunft investieren:* Eine deutliche Mehrheit befürwortet mehr Spielraum für gemeinsame europäische wie auch nationale Zukunftsinvestitionen. Daher wäre es angezeigt, den Stabilitäts- und Wachstumspakt der Eurozone um eine «goldene Investitionsregel» zu erweitern, die Investitionen in Zukunftsaufgaben von konsumtiven Staatsausgaben unterscheidet. Den Bürgerinnen und Bürgern geht es vor allem um eine Stärkung der Resilienz durch Investitionen in Sicherheit, Forschung/Innovation und einen sozialgerechten European Green Deal.

1 Ziel und Methodik der Studie

Mehr als 400 Millionen Europäerinnen und Europäer sind zwischen dem 6. und 9. Juni aufgerufen, ihre Stimme bei der Europawahl 2024 abzugeben. Die zehnte Wahl zum Europäischen Parlament findet im Kontext zahlreicher Krisen statt. Seit der letzten Europawahl 2019 wurde die Europäische Union durch die Corona-Pandemie, Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine, Energieengpässe, klimainduzierte Naturkatastrophen (insbesondere im südlichen Europa), Flucht- und Migrationsbewegungen sowie steigende Lebenshaltungskosten enorm herausgefordert. Die EU erwies sich im akuten Krisenmanagement durchaus als handlungsfähig (z.B. schnelle und umfangreiche Unterstützung der Ukraine, gemeinsame Gaseinkäufe), wobei langwierige Streitthemen wie eine faire Verteilung von Schutzsuchenden nur in kleinen Schritten vorankommen und Errungenschaften wie der European Green Deal zunehmend infrage gestellt werden. Von krisengetriebener Verunsicherung haben in mehreren EU-Mitgliedstaaten Parteien am rechten Rand des politischen Spektrums profitiert. In den Niederlanden gewann zuletzt der Rechtspopulist Geert Wilders mit seiner Partei die Parlamentswahl. In Italien kam im vergangenen Jahr eine von der neofaschistischen Fratelli d'Italia geführte Koalition an die Macht. In Schweden üben die extrem rechten Schwedendemokraten als «Tolerierungspartner» weitreichenden Einfluss auf die konservative Minderheitsregierung aus. Zwar gab es auch demokratische und progressive Lichtblicke, wie die Abwahl der PiS-Regierung in Polen, aber der allgemeine politische Trend in Europa ist derzeit ein «Rechtsruck», der bis an die äußersten Grenzen des demokratischen Spektrums reicht und teilweise sogar darüber hinaus.

Diese politische Großwetterlage spiegelt sich auch in den Prognosen für die Europawahl wider. Auf Basis einer europaweiten Auswertung von Umfragedaten, erwartet der *European Council on Foreign Relations (ECFR)* einen signifikanten Stimmenzuwachs für rechtspopulistische Parteien.^[2] Die Fraktion «Identität und Demokratie» (ID), der u.a. AfD (Deutschland), FPÖ (Österreich), Rassemblement National (Frankreich) und die Lega (Italien) angehören, wäre demnach der größte Wahlgewinner, könnte ihre Sitze im Parlament verdoppeln und somit zur drittgrößten Fraktion im Parlament aufsteigen. Auch die Fraktion der «Konservativen und Reformen» (EKR), zu der u.a. Fratelli d'Italia (Italien), PiS (Polen), Reconquête von Éric Zemmour (Frankreich) und Vox (Spanien) gehören, könnte deutlich zulegen, sodass EKR und ID zusammen auf mehr als ein Viertel der Sitze kämen. Damit wäre dieser rechtspopulistische Block größer als jeweils die Fraktionen der Konservativen (EVP) und der Sozialdemokraten (S&D). Ein solcher Wahlausgang könnte

2 European Council on Foreign Relations (ECFR): A sharp right turn: A forecast for the 2024 European Parliament elections, <https://ecfr.eu/publication/a-sharp-right-turn-a-forecast-for-the-2024-european-parliament-elections/> oder für fortlaufende Umfragewerte: Politico, <https://www.politico.eu/europe-poll-of-polls/european-parliament-election/>

pro-europäische Mehrheiten im Europäischen Parlament erschweren und hätte gehörige Implikationen für die zukünftige Ausrichtung der Politik der EU-Institutionen, in denen das Parlament als Ko-Gesetzgeber fungiert. So könnte etwa die Umsetzung der nächsten Gesetze des European Green Deals gebremst und damit der Umbau zur Klimaneutralität verzögert werden. Die Unterstützung der Ukraine könnte immer mehr bröckeln und der Kurs in der Asyl- und Migrationspolitik noch restriktiver werden. Insgesamt würden diese Kräfte eine Renationalisierung europäischer Politik anstreben und die Handlungsfähigkeit der EU schwächen.

Ein EU-Parlament, das sich nationalistischer und rechtspopulistischer positioniert, würde im Europäischen Rat eine Reihe von Mitgliedstaaten beflügeln (z.B. Ungarn, Slowakei, Italien, Schweden), die sich für einen Rückbau europäischer Kompetenzen einsetzen. Die Erreichung der europapolitischen Ziele der Bundesregierung würde durch eine solche Machtverschiebung erschwert werden. Im Koalitionsvertrag heißt es, dass die Bundesregierung eine «handlungsfähigere und strategisch souveränere Europäische Union» anstrebt, u.a. um die «großen Herausforderungen unserer Zeit wie Klimawandel, Digitalisierung und Bewahrung der Demokratie» bewältigen zu können.^[3] Die Programmatik der Rechtsaußen-Parteien steht diesen Zielformulierungen aus Berlin diametral entgegen. Gleichzeitig stellt sich die Frage, inwiefern die Bundesregierung den eigenen Ansprüchen in der Europapolitik gerecht geworden ist. In ihrem Koalitionsvertrag hat sie sich einer «aktiven Europapolitik» und einem «konstruktiven Gestaltungsanspruch» in der EU verschrieben. Zwar ist die Bundesregierung auf der einen Seite nach absoluten Zahlen der größte Unterstützer der Ukraine in der EU und hat auch in den Verhandlungen des Europäischen Rats eine konstruktive Rolle bei der Überwindung der ungarischen Blockade gespielt. Auf der anderen Seite enthielt sich die Bundesregierung aufgrund koalitionsinterner Uneinigkeit bei mehreren Abstimmungen im Europäischen Rat. Für am meisten Aufsehen sorgte zuletzt die Blockade des EU-Lieferkettengesetzes durch die FDP. Für dieses Abstimmungsverhalten der Bundesregierung gibt es in Brüssel die unrühmliche Bezeichnung des «German Vote».^[4] Häufig enthält sich die Bundesregierung bei der finalen Abstimmung in allerletzter Minute, selbst wenn sie in den Verhandlungen zuvor bereits Zustimmung signalisiert hatte. Mit diesem Verhalten kann das Versprechen einer konstruktiven und aktiven Europapolitik nicht eingelöst werden.

Im Zentrum dieser Studie stehen die Fragen, wie die Bevölkerung in Deutschland auf die Europapolitik der Bundesregierung und die EU insgesamt blickt, und wie es wenige Monate vor dem Urnengang um das Interesse an der Europawahl bestellt ist. Untersucht werden diese Einstellungen im Kontext eines aufgeheizten Debattenklimas, einer zunehmenden Krisenerschöpfung der Bevölkerung und wirtschaftlicher Stagnation. Gleichwohl haben

3 Koalitionsvertrag von SPD, Grüne und FDP: <https://www.tagesschau.de/koalitionsvertrag-147.pdf>

4 ZDF: «German Vote» in der EU. Deutschland als unzuverlässiger Europäer?, <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/eu-german-vote-deutschland-fdp-lieferkettengesetz-100.html>

sich zu Beginn des Jahres Hunderttausende Menschen an Massenprotesten gegen Rechts-Extremismus und die AfD beteiligt, was auf eine Politisierung und Mobilisierung der gesellschaftlichen Mitte hindeutet. In diesem gesellschaftlichen Kontext und kurz vor den Europawahlen erscheint die sechste Auflage der «Selbstverständlich europäisch!?»-Studie. Seit 2019 ist das Ziel dieser Langzeitstudie, die Erwartungen der deutschen Bevölkerung an die Rolle Deutschlands in der EU und die konkrete Europapolitik der Bundesregierung zu untersuchen. Mit welchen politischen Prioritäten, welcher Haltung und welchem Selbstverständnis soll die Bundesregierung ihre Europapolitik in diesen schwierigen Zeiten angehen? Die Erwartungen an die Europapolitik sowie die Stimmung vor der Europawahl bilden den aktuellen Themenschwerpunkt der diesjährigen Untersuchung. Wie in den vergangenen Jahren, soll diese Studie eine Debatte über die Zukunft der deutschen Europapolitik anregen.

Methodik der Studie

Für die vorliegende Studie hat das Meinungsforschungsunternehmen Civey im Auftrag der Heinrich-Böll-Stiftung zwischen dem 1. und 3. Februar 2024 5.000 Personen befragt. Die Ergebnisse sind repräsentativ für die Einwohnerinnen und Einwohner der Bundesrepublik Deutschland ab 18 Jahren. Der statistische Fehler der Gesamtergebnisse liegt bei 2,5 Prozent. Bei einigen Fragen waren Mehrfachnennungen möglich.

Der Fragebogen besteht aus zwei Teilen: Der erste Teil ist identisch zu den Vorgängerstudien und untersucht primär das Selbstbild der Deutschen in der EU. Dieses Selbstbild wird in drei Dimensionen gemessen, die auf Basis von Interviews mit Fokusgruppen in 2019 entwickelt und 2021 erneut überprüft wurden. Die Dimensionen beziehen sich auf die Bewertung der politischen Rolle Deutschlands in der EU (z.B. aktiv oder passiv), finanzpolitischen Aspekten (z.B. deutscher EU-Beitrag) und der EU-Mitgliedschaft an sich (z.B. Kosten-Nutzen-Verhältnis). Das Selbstbild bildet jene Aspekte ab, die von Bürgerinnen und Bürgern im Rahmen der Gruppendiskussionen selbst herangezogen wurden, um ihre Wahrnehmung von Deutschlands Rolle in der EU, der deutschen Europapolitik und ihre Haltung zu dieser Politik zu beschreiben. Der zweite Teil des Fragebogens besteht aus fünf Fragen zu aktuellen Themen der Europapolitik. Die diesjährige Studie befasst sich mit der Haltung und Stimmung der Bürgerinnen und Bürger bezüglich der bevorstehenden Europawahlen im Juni 2024.

2 Repräsentative Umfrage zur Rolle Deutschlands in der EU

Die Ergebnisse der diesjährigen Erhebung geben einen Einblick in die Stimmung der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland vor der Europawahl. Sie zeigen auf, wie das Interesse in Bezug auf die Wahl ist und welche Themen die Bürgerinnen und Bürger als besonders relevant erachten. Die größtenteils als Langzeitstudie angelegte Umfrage zeigt auch den Trend hinsichtlich des Selbstbildes Deutschlands in der EU und der Bewertung von Vor- und Nachteilen der EU-Mitgliedschaft. Im Folgenden werden die Ergebnisse der Umfrage dargestellt.

Hohes Interesse an der Europawahl

Wenige Monate vor dem Urnengang ist das Interesse an der Europawahl hoch: 66,1 Prozent der Bürgerinnen und Bürger geben an, dass ihr Interesse an der Europawahl sehr hoch oder eher hoch ist. 18,9 Prozent sagen, dass sie sehr oder eher geringfügig an der Wahl interessiert sind. Zwar kann das Interesse nicht mit der Wahlabsicht gleichgesetzt werden, aber in Anbetracht einer durchschnittlichen Europawahl-Beteiligung in Deutschland von 53,9 Prozent seit 1979, erscheint das diesjährige Interesse erfreulich hoch. Unterscheidet man die Befragten nach Parteipräferenz, so zeigt sich, dass nicht alle politischen Lager gleichermaßen an der Europawahl interessiert sind: Überdurchschnittlich hoch ist das Interesse bei den Anhängerinnen und Anhängern der Grünen (87,5 Prozent sehr hoch/eher hoch), SPD (74,4 Prozent), Linken (72,4 Prozent) und FDP (66,4 Prozent). Bei den Unterstützenden der AfD (65,5 Prozent), CDU/CSU (61,0 Prozent) und sonstiger Parteien (56,6 Prozent), worunter auch das Bündnis Sahra Wagenknecht und die Freien Wähler fallen, liegt das Interesse hingegen unter dem Durchschnitt. Den größten Anteil von Anhängerinnen und Anhängern mit sehr geringem Interesse an der Europawahl hat die AfD mit 15,3 Prozent. Nimmt man jene AfD-Unterstützende mit eher geringem Interesse hinzu, sind mehr als ein Fünftel des AfD-Lagers an der Wahl uninteressiert. Nur die CDU/CSU kommt auf einen ähnlich hohen Wert. Einen Unterschied im Interesse gibt es auch zwischen Ost- und Westdeutschen: Während in Westdeutschland 68,1 Prozent der Befragten angeben, ein hohes Interesse an der Wahl zu haben, sind es in Ostdeutschland nur 59,1 Prozent. Nur marginal ist der Unterschied zwischen den Altersgruppen: Leicht unterdurchschnittlich ist das Interesse bei den Unter-30-Jährigen (64,2 Prozent) und Über-65-Jährigen (62,9 Prozent), während die 40- bis 49-Jährigen (69,9 Prozent) derzeit am interessiertesten sind.

Da die heiße Phase des Europawahlkampfes noch bevorsteht, stellt sich auch die Frage, welche Themen nach Ansicht der Befragten im Mittelpunkt der Wahlkampfdebatte stehen sollten. Knapp drei Viertel (74,7 Prozent) der Bürgerinnen und Bürger geben an, dass das

Abb. 1: Wie ist Ihr Interesse an den Europawahlen am 9. Juni 2024?

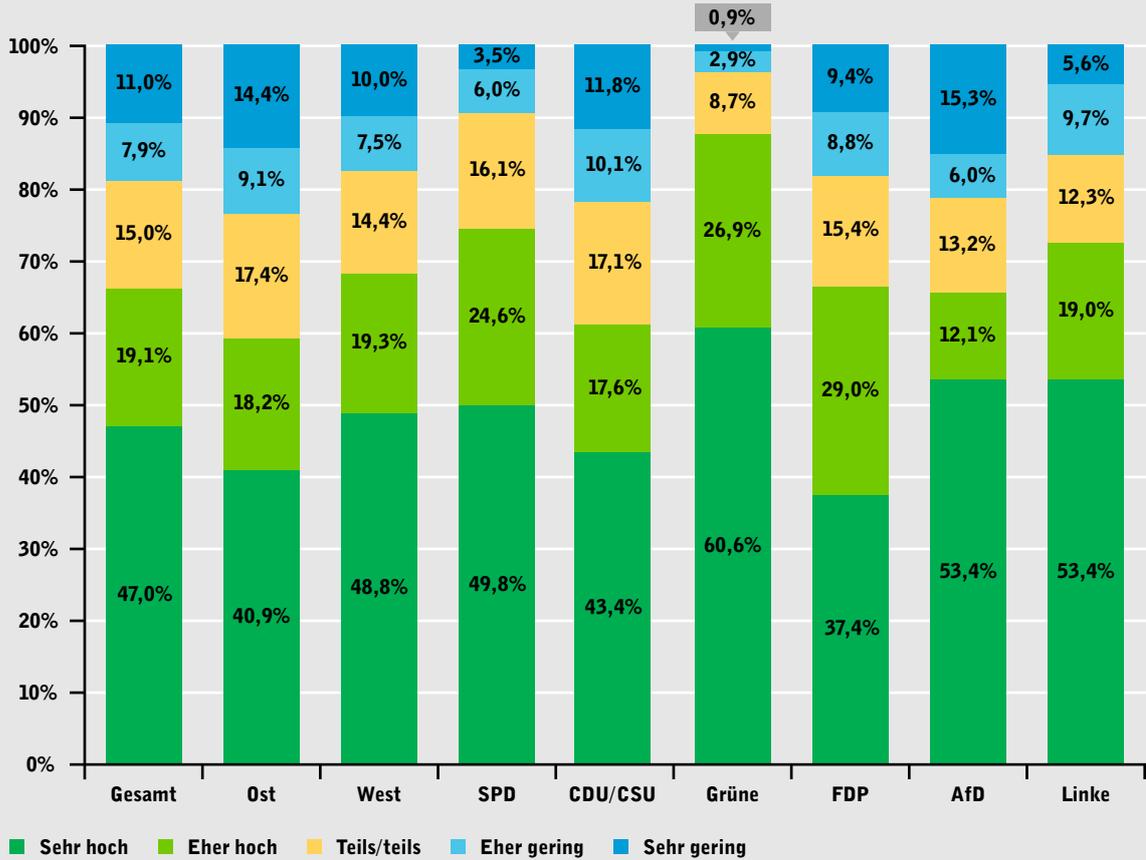
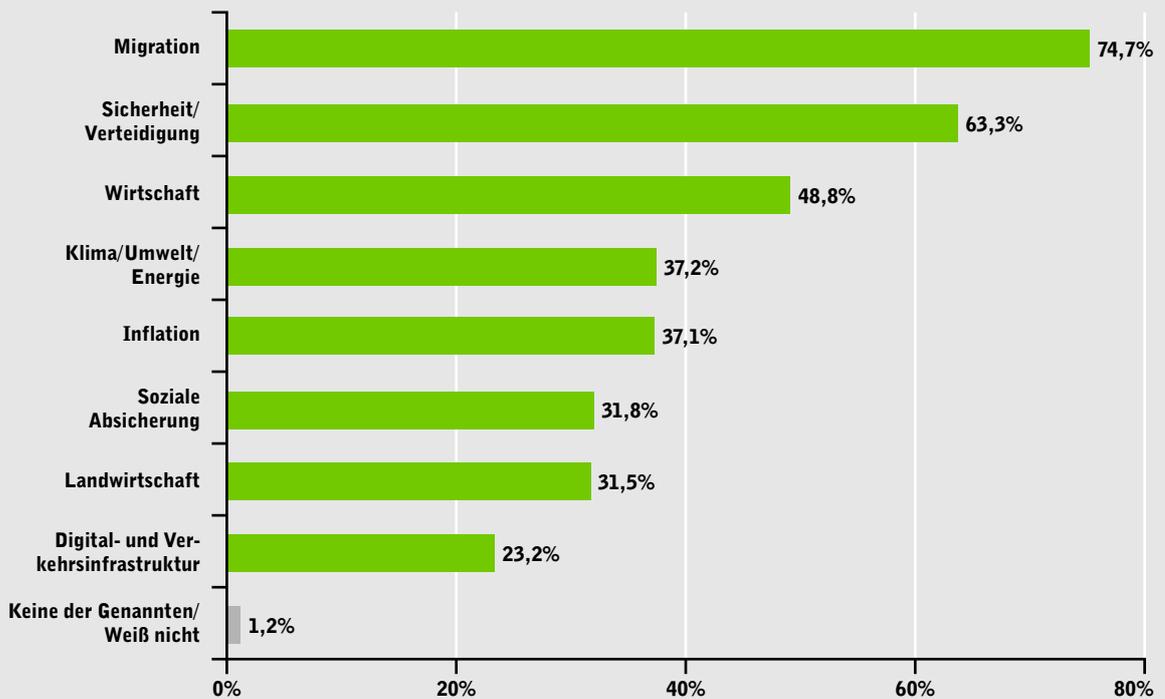
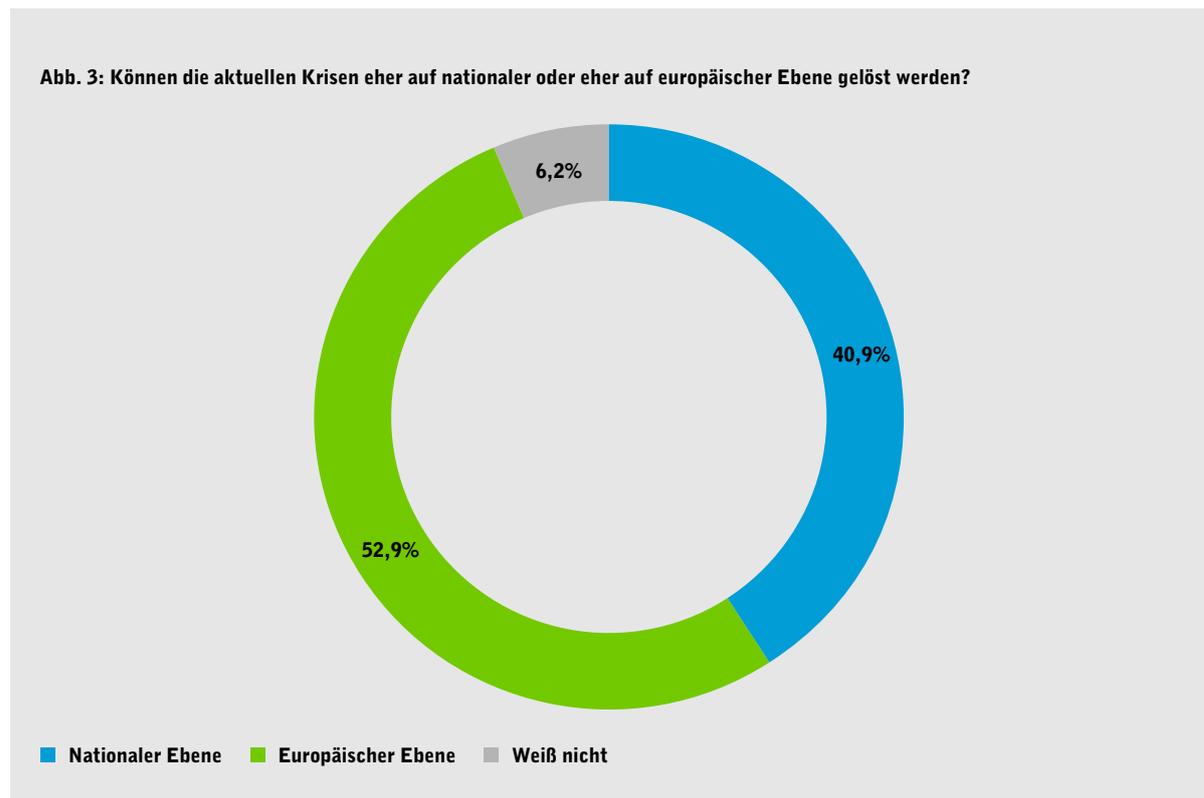


Abb. 2: Welche dieser Themen sollten Ihrer Meinung nach im Wahlkampf für die Europawahlen am 9. Juni 2024 vor allem diskutiert werden? (Mehrfachauswahl – max. 3 Antworten)



Thema Migration diskutiert werden sollte, gefolgt von Sicherheit/Verteidigung (63,3 Prozent), Wirtschaft (48,8 Prozent), Klima/Umwelt/Energie (37,2 Prozent) und Inflation (37,1 Prozent). Relevant sind für die Menschen also vor allem jene Themen, die in den vergangenen Monaten in einem krisenhaften Kontext aufgetreten sind und zwischen den politischen Lagern zum Teil sehr kontrovers diskutiert wurden.

Rückhalt für europäische Krisenlösungen und Ukraine-Unterstützung

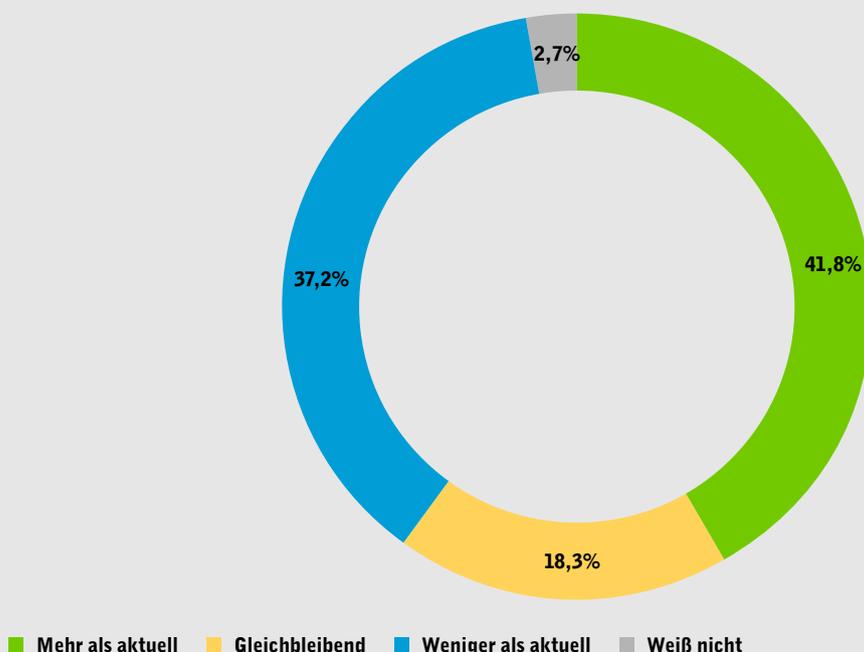


Das hohe Interesse an den aktuellen krisenbesetzten Themen wirft unweigerlich die Frage auf, wie diese am besten gelöst werden. Eine Mehrheit von knapp 53 Prozent der Befragten glaubt, dass die aktuellen Krisen eher auf europäischer Ebene als von den Nationalstaaten alleine gelöst werden können. 40,9 Prozent meinen hingegen, dass die Krisen besser auf nationaler Ebene zu lösen seien. Interessant ist bei dieser Frage der Blick in die unterschiedlichen Altersgruppen: Während bei den 30- bis 39-Jährigen (53,2 Prozent) und Über-65-Jährigen (57,7 Prozent) die Präferenz für europäische Krisenlösungen am höchsten ist, sind die Unter-30-Jährigen, also die jüngste Altersklasse, als einzige Gruppe mit relativer Mehrheit der Meinung (47,2 Prozent), dass die Krisen eher auf nationaler Ebene gelöst werden können. Der Vergleich der Parteilager ergibt hingegen ein weniger überraschendes Bild: Für europäische Krisenlösungen plädieren mehrheitlich die Anhängerinnen und Anhänger der Grünen (88,3 Prozent), SPD (78,9 Prozent), Linken (64,7 Prozent), FDP (55,6 Prozent) und CDU/CSU (52,8 Prozent). Nationale Lösungen befürwortet hingegen eine

Mehrheit der Sympathisierenden der AfD (72,1 Prozent) wie auch der sonstigen Parteien (47,2 Prozent).

Eine dieser akuten Krisen bleibt auch in diesem Jahr der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine. Zusammen mit den USA gehört die EU bisher zu den wichtigsten Unterstützern der Ukraine – in finanzieller, militärischer, humanitärer und politischer Hinsicht. Wie es mit der europäischen Unterstützung der Ukraine weitergehen soll, wird mutmaßlich auch ein wichtiges Thema im Wahlkampf werden. Mehr als 60 Prozent der Bürgerinnen und Bürger plädieren dafür, dass die EU die Ukraine mehr (41,8 Prozent) oder im gleichen Umfang wie derzeit (18,3 Prozent) unterstützen soll. 37,2 Prozent sagen, dass die EU die Ukraine weniger als momentan unterstützen sollte. Zwischen Ost- und Westdeutschland gehen die Meinungen in dieser Frage allerdings auseinander: Während 51,0 Prozent der Befragten in den ostdeutschen Bundesländern eine geringere Unterstützung der Ukraine präferieren, sind es in Westdeutschland nur 33,1 Prozent. Mit Blick auf die Berufsgruppen wird in dieser Frage auch eine gewisse soziale Spaltung deutlich: Unter den Arbeiterinnen und Arbeitern ist eine Mehrheit von 52,9 Prozent für eine abnehmende Unterstützung der Ukraine, während es unter Angestellten (41,0 Prozent), leitenden Angestellten (40,0 Prozent) und Beamten (46,4 Prozent) jeweils eine relative Mehrheit für eine Aufstockung der Hilfe gibt. Nach Parteilagern befürworteten mehrheitlich die Anhängerinnen und Anhänger der AfD (78,8 Prozent), Sonstigen (57,7 Prozent) und Linken (46,9 Prozent) eine Verringerung des europäischen Engagements für die Ukraine.

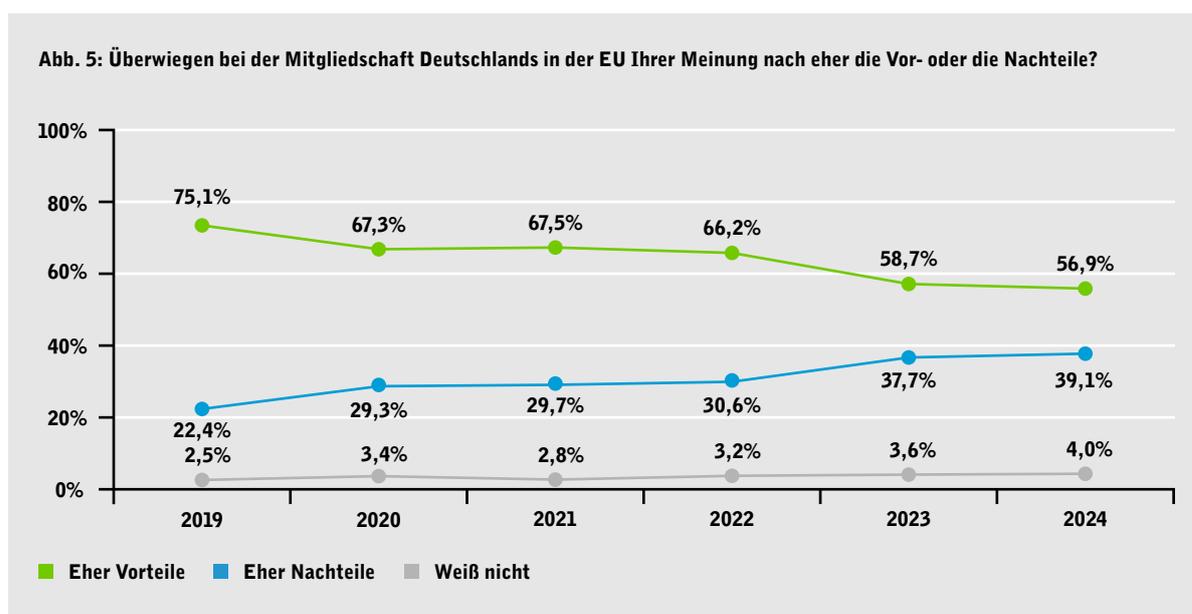
Abb. 4: Sollte die EU die Ukraine bei der Verteidigung gegen Russlands Angriffskrieg in Zukunft eher mehr oder eher weniger unterstützen als bisher?



Vorteile der EU-Mitgliedschaft überwiegen

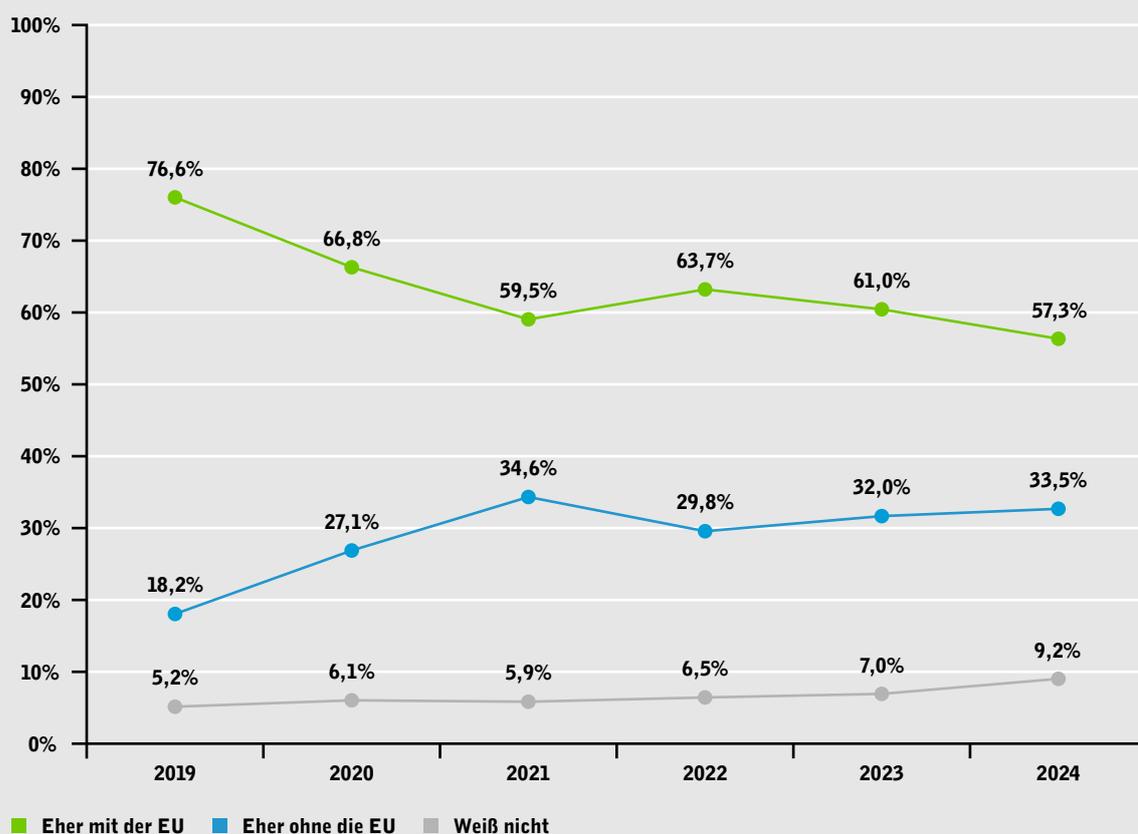
Das hohe Interesse an der Europawahl dürfte auch mit der positiven Grundhaltung der Bürgerinnen und Bürger zur EU zu tun haben: Für knapp 57 Prozent überwiegen bei Deutschlands EU-Mitgliedschaft die Vorteile, 39 Prozent sehen mehr Nachteile. Seit der ersten Erhebung im Frühjahr 2019 sind diese Werte rückläufig, allerdings wurde damals, nach dem «Brexit-Schock», auch ein Rekordwert bei der EU-Zustimmung gemessen. Im Vergleich zum letzten Jahr sind die Werte relativ stabil geblieben, sodass eine Mehrheit weiterhin hauptsächlich die Vorteile der deutschen EU-Mitgliedschaft sieht.

Eine pro-europäische Mehrheit findet sich sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland, in ländlichen wie auch in urbanen Bevölkerungsgruppen sowie quer durch alle Altersgruppen. Gruppen, die mehrheitlich mehr Nach- als Vorteile sehen, sind Arbeiterinnen und Arbeiter sowie Menschen mit niedrigem Bildungsabschluss. Unterscheidet man die Befragten nach Parteipräferenz, wird erneut eine Spaltung zwischen der AfD und allen anderen Parteien sichtbar: Eine klare Mehrheit von 86,6 Prozent der AfD-Unterstützenden ist der Meinung, dass die Nachteile der EU-Mitgliedschaft überwiegen. Mehr Vorteile bei der EU-Mitgliedschaft sieht jeweils eine Mehrheit im Lager der Grünen (96,0 Prozent), SPD (91,4 Prozent), Linken (76,3 Prozent), FDP (76,2 Prozent) und CDU/CSU (59,7 Prozent).



Als einen spezifischen Vorteil der EU sehen die Bürgerinnen und Bürger die politische Stärke der Europäischen Gemeinschaft: 57,3 Prozent der Befragten sagen, dass Deutschland seine politischen Ziele eher mit als ohne die EU erreichen kann. 33,5 Prozent sind der Meinung, dass Deutschland seine Vorhaben ohne die EU besser umsetzen kann. Auch wenn bei dieser Frage ebenfalls ein Abwärtstrend seit 2019 unverkennbar ist, so gibt es weiterhin eine deutliche Mehrheit und pro-europäische Kontinuität in der Stimmung der Bevölkerung. Die Mehrheit für den politischen Nutzen der EU wurde in allen Altersgruppen, Bildungsniveaus, ost- und westdeutschen Bundesländern sowie in ländlichen und urbanen Regionen gemessen.

Abb. 6: Kann Deutschland Ihrer Meinung nach seine politischen Ziele eher mit der EU oder alleine erreichen?

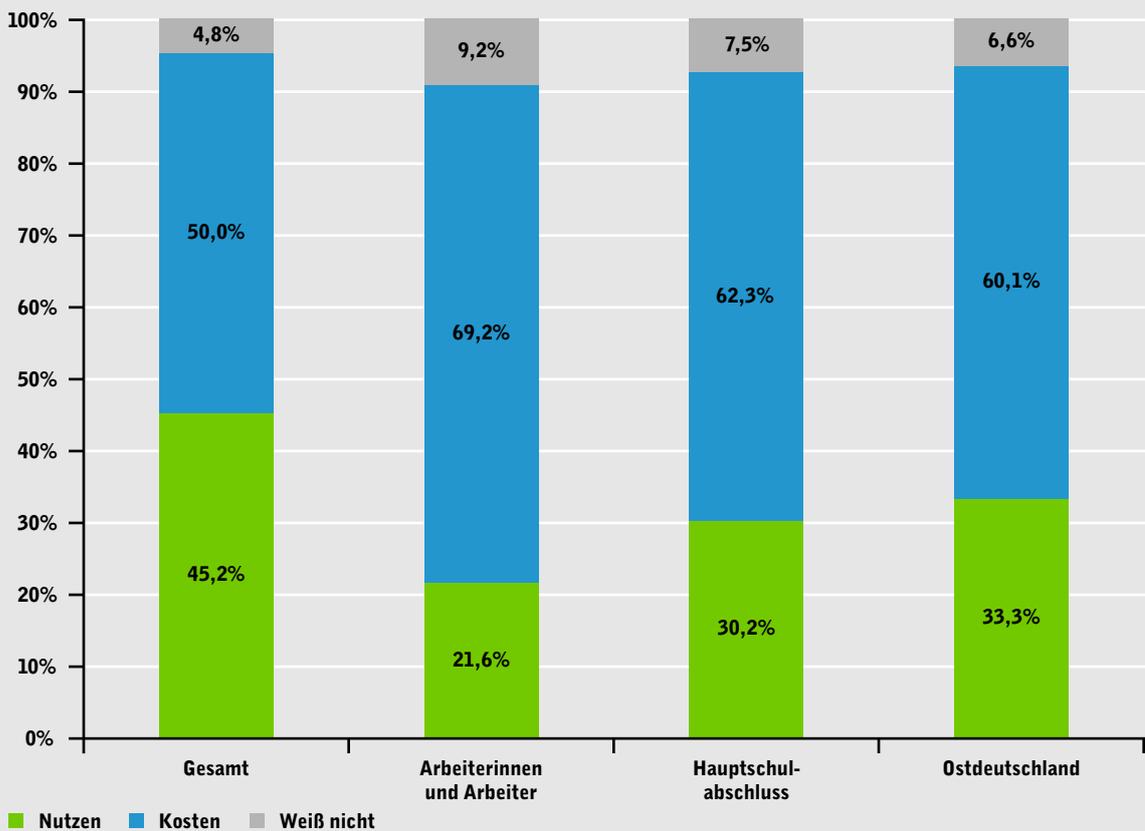


Zweifel am wirtschaftlichen Nutzen der EU

Während der EU mehrheitlich ein politischer Nutzen zugeschrieben wird, haben die Zweifel am wirtschaftlichen Nutzen der EU für Deutschland allerdings zugenommen. In Anbetracht der angespannten Lage der deutschen Wirtschaft, verwundert diese Entwicklung jedoch kaum, zumal aus der Forschungsliteratur bekannt ist, dass sich eine pessimistische Einschätzung der wirtschaftlichen Lage im eigenen Land negativ auf die Unterstützung der EU auswirkt.^[5] In diesem Jahr sind 45,2 Prozent der Meinung, dass der wirtschaftliche Nutzen der EU-Mitgliedschaft die Kosten übersteige. 50 Prozent sagen, es sei andersherum. Diese negative Sicht auf den wirtschaftlichen Nutzen der EU ist bei bestimmten sozio-demographischen Gruppen besonders ausgeprägt: So meinen 69,2 Prozent der Arbeiterinnen und Arbeiter, 62,3 Prozent der Befragten mit Hauptschulabschluss und 60,1 Prozent der Ostdeutschen, dass die wirtschaftlichen Kosten höher seien als der Nutzen der EU.

5 Angelika Scheuer und Hermann Schmitt (2009): Sources of EU Support: The Case of Germany, German Politics, Jg. 18, Band 4, S. 577-590.

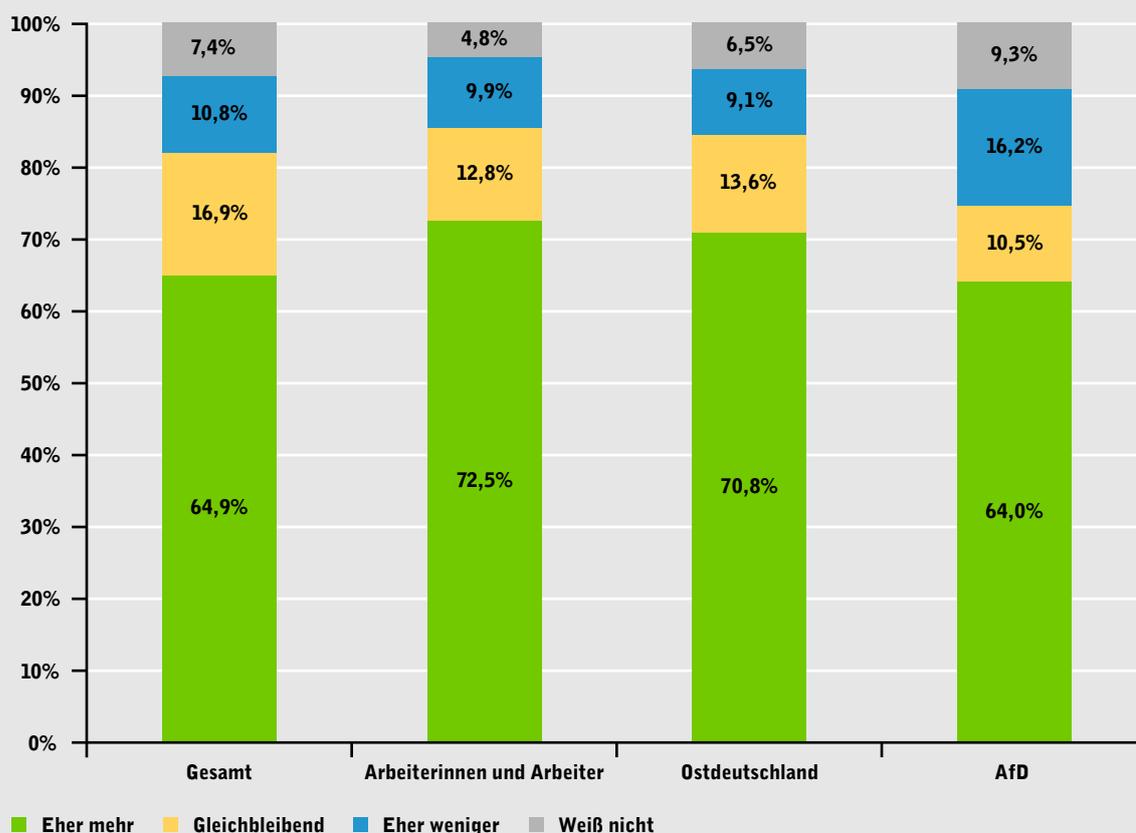
Abb. 7: Überwiegen bei Deutschlands EU-Mitgliedschaft rein wirtschaftlich gesehen Ihrer Meinung nach eher die Kosten oder eher der Nutzen?



Wunsch nach mehr Investitionen

Insbesondere in Deutschland stellt sich derzeit die Frage, wie ein wirtschaftlicher Aufschwung gelingen kann. Diskutiert wird dabei auch, inwiefern der Staat durch Investitionen die Wirtschaft mit ankurbeln sollte. Restriktionen für staatliche Investitionen gehen zum einen von der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse aus, zum anderen definieren auch der europäische Stabilitäts- und Wachstumspakt und das EU-Beihilferecht Grenzen für die öffentlichen Ausgaben und Verschuldung. Somit stellt sich auch für die europäischen Schuldenregeln die Frage, ob sie nicht mangels Differenzierung zwischen konsumtiven und investiven staatlichen Ausgaben als Bremse für zukünftigen Wohlstand wirken. Die Umfrageergebnisse belegen sowohl eine Unterstützung für mehr Investitionsspielräume für die EU-Mitgliedstaaten als auch für gemeinsame europäische Investitionsprojekte. Knapp zwei Drittel (64,9 Prozent) sind der Meinung, dass die EU den Mitgliedstaaten mehr Spielraum als bisher für staatliche Investitionen in Zukunftsaufgaben ermöglichen sollte. 16,9 Prozent sind der Meinung, dass es keiner Änderung bedarf und nur 10,8 Prozent finden, dass es weniger Spielraum für Investitionen geben sollte.

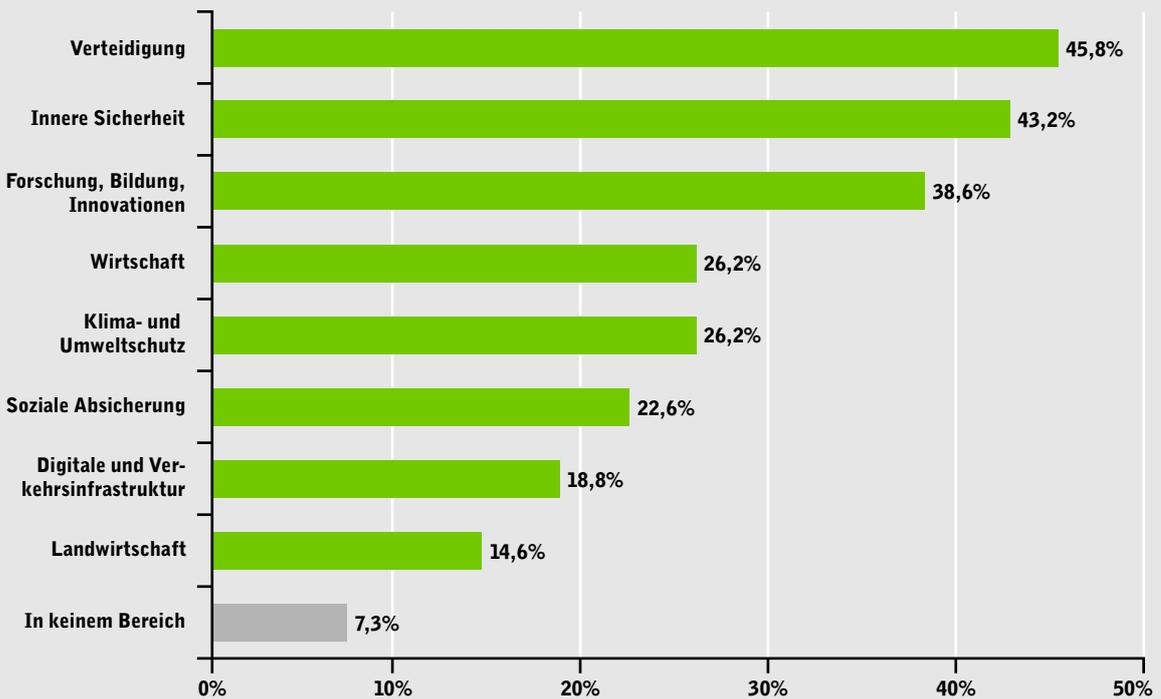
Abb. 8: Sollte die EU den Mitgliedstaaten eher mehr oder eher weniger Spielraum als bisher für staatliche Investitionen in Zukunftsaufgaben ermöglichen?



Überdurchschnittlich hoch ist die Unterstützung für mehr Möglichkeiten für staatliche Investitionen bei den Arbeiterinnen und Arbeitern (72,5 Prozent), in Ostdeutschland (70,8 Prozent) und bei den Unter-30-Jährigen (68,6 Prozent). Auch in allen Parteilagern, selbst bei den Anhängerinnen und Anhängern der AfD, befürwortet eine Mehrheit mehr Spielraum für Investitionen der EU-Staaten.

Eine mehrheitliche Unterstützung gibt es auch für gemeinsame europäische Investitionen: Nach Meinung der Befragten sollte Deutschland gemeinsam mit den europäischen Partnern vor allem mehr Geld in die Bereiche Verteidigung (45,8 Prozent), Innere Sicherheit (43,2 Prozent), Forschung/Bildung/Innovationen (38,6 Prozent), Klima- und Umweltschutz (26,2 Prozent) sowie Wirtschaft (26,2 Prozent) stecken. Nur 7,3 Prozent wollen hingegen, dass die EU-Mitgliedstaaten in keinen Bereich gemeinsam investieren.

Abb. 9: In welchen dieser Bereiche würden Sie es begrüßen, wenn Deutschland und die anderen Mitgliedstaaten in der EU mehr Geld ausgeben würden? (Mehrfachauswahl – max. 3 Antworten)

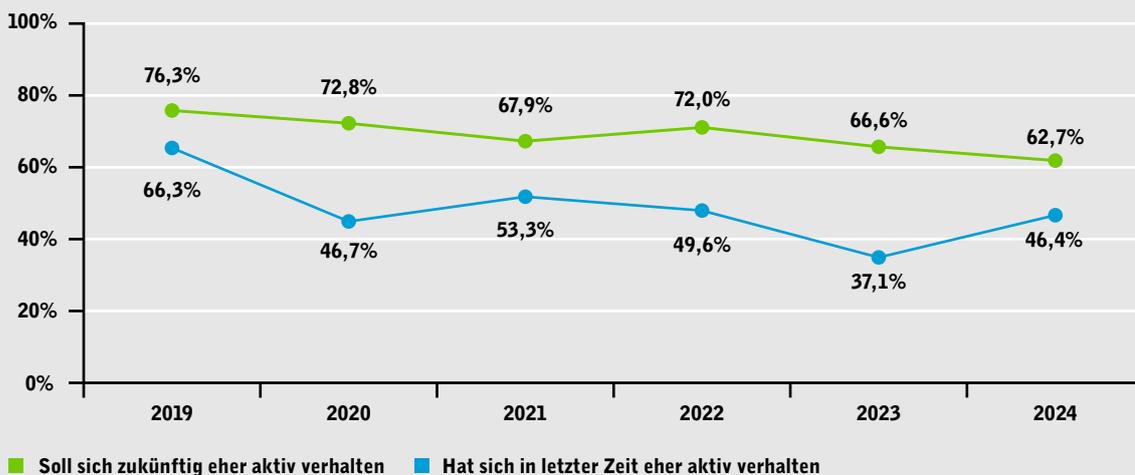


Deutschland soll aktiv und kooperativ in der EU sein

In ihrem Koalitionsvertrag hat sich die Bundesregierung einer «aktiven Europapolitik» verschrieben. Die Umfrageergebnisse zeigen, dass eine relative Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger dieses Versprechen derzeit eingelöst sieht: 46,4 Prozent nehmen die Bundesregierung in der Europapolitik in letzter Zeit als eher aktiv wahr, das sind 9,3 Prozentpunkte mehr als im letzten Jahr. 41,7 Prozent (minus 9,9 Prozentpunkte) meinen hingegen, dass sich Deutschland eher weniger aktiv verhalte. Diese aus Sicht der Bundesregierung positive Veränderung könnte zuletzt unter anderem mit dem Beitrag des Bundeskanzlers zur Überwindung von Ungarns Blockade der Ukraine-Hilfen zu tun haben.^[6] Für die Zukunft wünschen sich die Befragten eine Fortsetzung dieses Agierens der Bundesregierung: Fast zwei Drittel (62,7 Prozent) möchten, dass sich die Bundesregierung in Zukunft aktiv in der EU verhält, 30,7 Prozent bevorzugen eine weniger aktive Europapolitik.

6 «Ein klassisches Stück Gipfel-Diplomatie», <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/eu-gipfel-scholz-112.html>

Abb. 10: Soll/Hat sich Deutschland Ihrer Meinung nach in der EU aktiv verhalten?



Mit Blick auf Deutschlands Verhalten auf europapolitischer Bühne untersucht die vorliegende Studie seit 2019 auch, ob die Menschen die Bundesregierung als kooperativ oder dominant gegenüber den EU-Partnern wahrnehmen. 57,0 Prozent sind derzeit der Meinung, dass Deutschland sich kooperativ in Europa verhalte. Auch dieser Wert ist im Vergleich zum letzten Jahr leicht angestiegen (plus 2,5 Prozentpunkte). 31,3 Prozent (minus 3,6 Prozentpunkte) schätzen das Verhalten der Bundesregierung derzeit als dominant ein. Für die Zukunft haben die Befragten auch hier eine klare Vorstellung vom Auftreten der Bundesregierung in Europa: 62,9 Prozent sagen, dass Deutschland zukünftig kooperativ gegenüber den EU-Partnern auftreten sollte. Insgesamt lassen sich die Ergebnisse der Umfrage als Plädoyer der Bürgerinnen und Bürger für eine gestaltende und kooperative Europapolitik Deutschlands verstehen.

3 Trends und politische Empfehlungen

Aus den erhobenen Daten der diesjährigen Umfrage zu den Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger an die deutsche Europapolitik lassen sich folgende Trends und politische Empfehlungen ableiten.

Interesse an der Europawahl für Debatte über europäischen Lösungen nutzen

Das Interesse an der Europawahl ist erfreulich hoch. Schon mehrere Monate vor dem Urnengang interessieren sich zwei Drittel der Befragten für die Wahl. Während im AfD-Lager die meisten Desinteressierten zu finden sind, liegt das Interesse bei den Anhängerinnen und Anhängern fast aller pro-europäischen Parteien sogar noch über dem Durchschnitt. Dieses öffentliche Interesse sollten Parteien und Zivilgesellschaft nutzen, um im Vorfeld der Wahl konkrete europäische Lösungsansätze zu diskutieren. Dies gilt im Besonderen für die aktuellen Krisenthemen (z.B. Sicherheit, Klima, Migration, Wirtschaft), die sich auch im Themeninteresse der Befragten niederschlagen. Im Themenbereich Sicherheit und Verteidigung ist die zukünftige Unterstützung der Ukraine gegen Russlands Angriff von hoher Relevanz. Die Befragten sprechen sich mehrheitlich für eine gleichbleibende oder steigende EU-Unterstützung der Ukraine aus. In den aktuell geführten sicherheits- und verteidigungspolitischen Debatten wird allerdings strukturell noch zu stark entlang nationaler Verteidigungskapazitäten diskutiert. Die EU-Mitgliedstaaten sollten ihre Verteidigungsfähigkeiten als ein gemeinsames europäisches Projekt denken und kohärenter gestalten. Denn sowohl mit Blick auf die Unterstützung der Ukraine als auch die eigene Sicherheit könnten sich mit einem Wahlerfolg Donald Trumps im November die geopolitischen Vorzeichen dramatisch verändern. Europa sollte sich auf dieses Szenario frühzeitig vorbereiten und gemeinsames europäisches Handeln als Priorität verstehen und stärken. Auch die Themen Klima und Migration gehören auf die Agenda der Europawahldebatte: Der European Green Deal, der Europa zum ersten klimaneutralen Kontinent machen soll, steht unter Beschuss. Diese Debatte gilt es vor allem entlang des Zusammenhangs von Klimaschutz, sozialer Gerechtigkeit und wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit zu führen. Bei der Migration wird häufig betont, dass dieses Thema vor allem den Rechtsruck befördern würde. Das dürfte dann zutreffen, wenn Migration ein-dimensional in einem rechtspopulistischen Deutungsrahmen von kultureller Überfremdung und Kriminalität diskutiert wird. Progressive Kräfte können zu einem Thema, das viele Menschen umtreibt, nicht schweigen und sollten eine eigene, ihrem Wertefundament entsprechende Erzählung anbieten, die sich an Rechtsstaatlichkeit, Grundwerten und der

Menschenwürde orientiert und auch die benötigte Fachkräftezuwanderung sowie die Bedingungen der kommunalen Aufnahme lösungsorientiert thematisiert.^[7]

Europas Nutzen betonen

Die Entwicklung in den Daten dieser Langzeituntersuchung zeigt einen zweifachen Trend: Zum einen ist die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger vom politischen Nutzen der EU überzeugt. Allerdings ist diese Haltung rückläufig: Seit Beginn der Erhebung im Jahr 2019, als es bedingt durch «Brexit-Schock» und «Fridays for Future»-Boom eine außergewöhnlich ausgeprägte pro-europäische Stimmung gab, schrumpft die Mehrheit Jahr für Jahr. Gleichzeitig wächst die Zahl derjenigen, die in der EU-Mitgliedschaft wirtschaftlich mehr Kosten als Nutzen sehen. Erschreckend ist, dass heute nur noch eine Minderheit (45 Prozent) an den wirtschaftlichen Nutzen der EU glaubt. Zweifelsohne hängt diese Wahrnehmung auch mit der schwierigen Lage der deutschen Wirtschaft zusammen. Gleichwohl sollte die Politik gerade deshalb herausstellen, dass der europäische Binnenmarkt ein Wohlstandsgarant für die Exportnation Deutschland ist und das Land im Vergleich zum Rest der EU am meisten von der Europäischen Integration profitiert, auch und gerade wirtschaftlich. Weniger Europa würde in Deutschland zu weniger Wohlstand führen. Das noch zu oft kolportierte Narrativ vom Zahlmeister Europas, das insinuiert, Deutschland würde zum eigenen wirtschaftlichen Nachteil für andere Länder zahlen, ist faktisch falsch. Laut einer Studie des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestags steigert der Binnenmarkt den Wohlstand Deutschlands um jährlich 1.046 Euro pro Person.^[8] Wohlstandsgewinne müssen dabei jedoch für die Breite der Gesellschaft spürbar werden. Insbesondere in Regionen, in denen die Dekarbonisierung und Digitalisierung von Industrie und Gesellschaft zu Abstiegssorgen und Verlustängsten führt, stoßen nationalistische Positionen auf Resonanz. So zeigen auch die Ergebnisse der vorliegenden Studie seit Jahren, dass vor allem Menschen mit weniger Bildungs- und Einkommensressourcen, die sich nicht als Globalisierungsgewinner verstehen, die größten Vorbehalte und Zweifel am wirtschaftlichen Nutzen der EU haben. Eine Sparpolitik, die bei diesen Menschen ansetzt, ist fehlgeleitet. Solche Sorgen müssen also vor allem mit Blick auf den European Green Deal angesprochen und ernst genommen werden. Zu einer positiveren Wahrnehmung des Nutzens Europas kann aber auch die Bundesregierung selbst beitragen: Koalitionsinterne Blockaden, die dann zu Blockaden im Europäischen Rat werden, dürften dem Glauben der Menschen an die Handlungsfähigkeit der EU nicht zuträglich sein. Dabei haben die Bürgerinnen und Bürger einen gänzlich anderen Anspruch an die Bundesregierung: Insgesamt

7 Demografischer Ausblick für die Europäische Union, [https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2022/729461/EPRS_STU\(2022\)729461_DE.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2022/729461/EPRS_STU(2022)729461_DE.pdf)

8 Wissenschaftlicher Dienst: Ausstieg aus der EU käme Deutschland teuer zu stehen, <https://www.rnd.de/politik/warum-ein-ausstieg-aus-der-eu-fuer-deutschland-sehr-teuer-waere-V0BVTELYSFH6N-MHY7S63LR7RKM.html>

sind die Ergebnisse der Umfrage ein deutliches Plädoyer für eine aktive und kooperative Europapolitik Deutschlands.

In die Zukunft Deutschlands und Europas investieren

Problemlösungen setzen Ressourcen voraus. So sehen es auch die Bürgerinnen und Bürger in dieser Befragung. Es gibt eine deutliche Mehrheit für mehr Spielraum für Investitionen. Sowohl für die einzelnen EU-Mitgliedstaaten im Rahmen des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts als auch für mehr gemeinsame europäische Investitionen. Hieraus lässt sich schließen, dass eine bessere Differenzierung zwischen konsumtiven und investiven Staatsausgaben im Rahmen der europäischen und nationalen Schuldenregeln Unterstützung finden kann. Zwar haben sich die Euro-Länder erst kürzlich auf eine Modifizierung der Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts geeinigt, ein großer Wurf gelang dabei allerdings nicht. Die Diskussion um eine «goldene Investitionsregel», die Investitionen in Zukunftsaufgaben nicht mit konsumtiven Staatsausgaben gleichgesetzt, sollte deshalb verstärkt fortgeführt werden. Dabei muss die Diskussion die Rolle des EU-Beihilferechts genauso berücksichtigen. Bei den Befragten liegen als Zukunftsfelder jene Bereiche ganz vorne, die die Resilienz der EU stärken: innere und äußere Sicherheit auf der einen Seite, Bildung, Forschung, Klima und Umwelt auf der anderen Seite. Dieses Plädoyer für mehr Investitionen sollte auch als Wunsch nach einer intensiven Zukunftsgestaltung verstanden werden. Gerade bei Arbeiterinnen und Arbeitern sowie in Ostdeutschland ist diese Präferenz besonders ausgeprägt. Die Langzeitstudie zeigt sogar, dass die Befürwortung von mehr Instrumenten für Zukunftsinvestitionen ein anhaltender Trend ist. In der Umfrage vom letzten Jahr votierte eine große Mehrheit konkret für einen EU-Investitionsfonds zur Erreichung der Klimaneutralität der Industrie. Da der anleihenfinanzierte Corona-Wiederaufbaufonds «NextGenerationEU» bereits 2026 ausläuft, sollte auch über eine Verstärkung dieses Finanzierungsinstruments intensiver nachgedacht werden. Auch mit Blick auf die deutsche Schuldenbremse zeigen Umfragen, dass sich eine Mehrheit für eine bessere Vereinbarkeit von Haushaltssolidität und Zukunftsinvestitionen ausspricht.^[9] Die deutsche Politik sollte in diesem Zusammenhang stärker in den Blick nehmen, in welchen Bereichen gemeinsame europäische Investitionen sinnvoller als nationale sind. Hier drängen sich, wie oben bereits angesprochen, zum Beispiel die Themen Verteidigungsfähigkeit, Klimaneutralität, aber auch gemeinsame Infrastruktur im Verkehrs- oder Energiebereich auf.

9 «Mehrheit findet Schulden für Investitionen ok», <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/schuldenbremse-studie-investitionen-haushalt-sparen-100.html>

Die Autorinnen und Autoren

Dr. Johannes Hillje arbeitet als selbstständiger Politik- und Kommunikationsberater in Berlin und Brüssel und ist Policy Fellow bei Das Progressive Zentrum.

Dr. Christine Pütz ist Politikwissenschaftlerin und als Referentin Europäische Union in der Heinrich-Böll-Stiftung tätig.

Wir danken Georg McCutcheon, Anton Möller, Daniel Schade und Eva van de Rakt für ihre hilfreichen Kommentare.

Impressum

Herausgeberin: Heinrich-Böll-Stiftung e.V., Schumannstraße 8, 10117 Berlin
Fachkontakt: Dr. Christine Pütz, Referat EU & Nordamerika **E** puetz@boell.de
Erscheinungsort: www.boell.de
Erscheinungsdatum: März 2024

Lizenz: Creative Commons (CC BY-NC-ND 4.0)
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Die vorliegende Publikation spiegelt nicht notwendigerweise die Meinung der Heinrich-Böll-Stiftung wider.

Weitere E-Books zum Downloaden unter: www.boell.de/publikationen